

Antrag Nr. 16

der **AUGE/UG –Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen Wien**
an die 182. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 13. November 2024

Verbesserung und Erleichterung der Anerkennung von beruflichen Befähigungsnachweisen

Eines der größten Probleme, mit denen Migrant:innen und geringqualifizierte Arbeitnehmer:innen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt konfrontiert sind, ist die Schwierigkeit, berufliche Befähigungsnachweise anerkennen zu lassen.

Arbeitnehmer:innen, die aus verschiedenen Ländern kommen, haben Schwierigkeiten, die in ihrem Herkunftsland erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten hier anzuerkennen und zu belegen. Dies erschwert es den Arbeitnehmer:innen, Positionen zu finden, die ihren Fähigkeiten entsprechen, und verringert ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Insbesondere für Migrant:innen führt das Fehlen dieser Nachweise dazu, dass sie keine angemessenen Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten und sich ihre wirtschaftliche Integration verlangsamt.

Vor diesem Hintergrund glauben wir, dass ein umfassendes System entwickelt werden muss, um die Anerkennung und den Zugang zu beruflichen Befähigungsnachweisen zu erleichtern. Die standardisierte Anerkennung beruflicher Qualifikationen ermöglicht eine objektive Bewertung der Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitnehmer:innen und schafft gleichzeitig ein transparentes Kriterium für Arbeitgeber:innen. Dieser Prozess wird es nicht nur Migrant:innen, sondern auch geringqualifizierten Arbeitnehmer:innen und Berufseinsteiger:innen ermöglichen, die Positionen auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, die sie verdienen.

Um die Schwierigkeiten zu überwinden, mit denen Migrant:innen in diesem Prozess konfrontiert sind, sollten Beratungsdienste zur Anerkennung von Befähigungsnachweisen

angeboten werden. Diese Dienste sollten die Arbeitnehmer:innen dabei unterstützen, ihre Nachweise einzureichen und Informationen über die Anforderungen dieses Prozesses bereitzustellen. Gleichzeitig sollte die Teilnahme der Arbeitgeber:innen an diesem Prozess gefördert werden, um die Qualität auf dem Arbeitsmarkt zu steigern. Arbeitgeber:innen sollten unterstützt werden, ihre Arbeitnehmer:innen bei der Verbesserung und Zertifizierung ihrer beruflichen Qualifikationen zu fördern, und der Staat sollte in diesem Bereich geeignete Anreize bieten.

Darüber hinaus sollte finanzielle Unterstützung für den Erwerb von Befähigungsnachweisen bereitgestellt werden. Insbesondere für geringqualifizierte und migrantische Arbeitnehmer:innen kann dieser Prozess finanziell belastend sein. Kredite, Stipendien oder Zuschüsse, mehr als bisher z.B. vom IÖF angeboten, sollten bereitgestellt werden, um die finanzielle Belastung der Arbeitnehmer:innen, die an Schulungs- und Zertifizierungsprogrammen teilnehmen möchten, zu verringern. Diese Unterstützung ist entscheidend für die berufliche Weiterentwicklung der Arbeitnehmer:innen und die Erhöhung ihrer Arbeitsplatzsicherheit.

Auch muss der Prozess der Anerkennung und Zertifizierung beruflicher Qualifikationen durch digitale Plattformen erleichtert werden. Die Entwicklung von Online-Antrags- und Anerkennungssystemen wird die Bürokratie reduzieren und den Prozess beschleunigen. So wird es für Arbeitnehmer:innen einfacher zu erfahren, welche Befähigungsnachweise sie benötigen und wie sie diese erwerben können.

Abschließend sollte der soziale Dialog und die Zusammenarbeit zur Verbesserung des Anerkennungsprozesses beruflicher Befähigungsnachweise intensiviert werden. Die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften, Kammern und staatlichen Institutionen wird es ermöglichen, diesen Prozess effektiver zu gestalten. Arbeitsgruppen und Foren, die mit der Teilnahme der Sozialpartner organisiert werden, tragen dazu bei, konkrete Lösungen für die Probleme bei der Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise zu finden.

Die 182. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert die Regierung und die zuständigen Behörden auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Anerkennung und den Zugang zu beruflichen Befähigungsnachweisen für

Migrant:innen und geringqualifizierte Arbeitnehmer:innen zu verbessern und zu beschleunigen. Dies umfasst die Bereitstellung von Beratungsdiensten, finanzieller Unterstützung sowie die Entwicklung von digitalen Plattformen zur Vereinfachung und Beschleunigung des Anerkennungsprozesses. Diese Maßnahmen sollen die Integration der Arbeitnehmer:innen in den Arbeitsmarkt erleichtern, ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und somit zur Stärkung der österreichischen Wirtschaft beitragen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich